
Nina Berding (RWTH Aachen University) /
Wolf-D. Bukow (Universität Köln) /
Karin Cudak (Europa-Universität Flensburg)

Quartier als Referenzrahmen einer inklusiven Stadtgesellschaft¹

1. Worauf es in der aktuellen Debatte ankommt

Die Corona-Pandemie hat die digitale Transformation der Gesellschaft noch weiter katalysiert und mit ihr hat sich der gesellschaftliche Wandel intensiviert. Die technologische, digitale, aber auch die Effekte einer intensivierten Globalisierung haben diese Entwicklungen noch weiter befeuert. Diese Entwicklungen befinden sich in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis und haben das Zusammenleben in vielfacher Hinsicht und ungewöhnlich stark verändert.

Die vor diesem Hintergrund intensivierte Diversität und Mobilität mit ihren jeweiligen sozialen, ökologischen und ökonomischen Effekten gerät dabei in den Aufmerksamkeitsfokus – nicht zuletzt deshalb, weil sie bedeuten, dass man sich im Alltag immer wieder neu arrangieren muss und die eigenen Alltagsroutinen auf neue Erfordernisse und Begebenheiten anpassen muss. Das alles verlangt Beharrlichkeit, Umgewöhnung und kann bisweilen auch unangenehm sein. Obwohl diese Neuarrangements, Anpassungen der alltäglichen Routinen und Gewöhnungserfordernisse immer schon bedeutsam für das Zusammenleben in den Städten waren, sind die alltäglichen Herausforderungen für ein erfolgreiches Zusammenleben heute gegenüber damals nochmals erheblich größer geworden.

Ein Befassen mit den Grundlagen für und den damit verknüpften Herausforderungen des Zusammenlebens sind aufgrund dieser Entwicklungen einmal gründlich in den Blick zu nehmen. Die Kommunen tun dies auch flexibel, sofern sich ihnen die entsprechenden sozioökonomischen Spielräume öffnen. Auch im Alltag gelingt es – dafür gibt es zahlreiche Beispiele – den eigenen Lebensstil immer wieder flexibel und schnell auf neue Mobilitätsformen (e-Mobilität,

¹ Der Text ist eine komplett überarbeitete und aktualisierte Version des Textes: Bukow, Wolf-D., Nina Berding, Karin Cudak: Die kompakte Stadt der Zukunft. Das Quartier als Referenzrahmen für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Stadtgesellschaft. In: Dies. (Hg.): Die kompakte Stadt der Zukunft. Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer 2018, S. 1–30. Vgl. dazu auch Bukow, Wolf-Dietrich, Johanna Rolshoven, Erol Yildiz (Hg.): (Re-)Konstruktion von lokaler Urbanität. Wiesbaden: Springer 2023.

9-Euro-Ticket, Inlandreisen etc.), neue Moden und Technologien (diverse online-Tools, online-Banking, Videokonferenzen etc.) anzupassen. Insgesamt wird der Aufmerksamkeitsfokus jedoch weniger auf diesen *kontinuierlich und all-täglich stattfindenden, urban lebendigen und gelebten Wandel*² gerichtet. Stattdessen werden einzelne besonders typische Boten und Indizien dieses Wandels und ihre vermeintliche Bedeutung für das Zusammenleben immer wieder isoliert herausgegriffen und – oftmals mit halbiertem Blick – gedeutet: Nicht eigene immer wieder neu angepassten Alltagsroutinen und deren Auswirkungen werden dann diskutiert und kritisch beäugt, sondern nur, was es bedeutet, wenn vermeintlich ‚Andere‘ mit ihren Alltagsroutinen und Gewohnheiten in den Blick geraten, etwa wenn sie als Migrant*innen oder Geflüchtete auftreten und sich im scheinbar vertrauten Alltag platzieren wollen. Die gesellschaftlichen Folgen des globalisierungs- und technisierungs-beschleunigten Handelns auf das Zusammenleben werden dann immer erst registriert, wenn sie durch vermeintlich ‚Andere‘ von außen regelrecht vorgeführt werden.

Das Alltagsleben und der Blick auf die ‚Anderen‘ versprechen vor diesem Hintergrund wegweisende Einblicke in die Grundlagen des Zusammenlebens und dessen Gestaltung. Folgendes ist dabei relevant:

- a) Es geht darum, die eigenen Alltagsroutinen und ihre Einbettung in die gesellschaftliche Wirklichkeit, mit dem Alltagsleben in den Städten und Gemeinden zu *durchschauen*. Dabei stellt die Stadtgesellschaft ein eigenständiges soziales Format dar, an dem sich die Bevölkerung wie selbstverständlich orientiert und an dem sie ihre Alltagsroutinen ausrichtet.
- b) Es geht darum, Städte und Gemeinden als eine solche eigenständige gesellschaftliche Wirklichkeit zu *würdigen*, als Stadtgesellschaften, die über eine hoch differenzierte Basisstruktur verfügen. Diese Basisstruktur bildet für das Zusammenleben gewissermaßen einen Referenzrahmen.
- c) Es geht darum, die Stadtgesellschaft in Richtung inklusives Selbstbewusstsein zu *empowern*; denn damit das *Format Stadtgesellschaft* die Bevölkerung zusammenhält, muss sie über ein solch inklusives Selbstbewusstsein verfügen.
- d) Das Format Stadtgesellschaft ist demzufolge in seiner spezifischen Dynamik weiter *herauszuarbeiten* und *in seinem Kern freizulegen*, genauer zu *identifizieren*, sozialadäquat zu *deuten* und schließlich *kritisch anzugehen* und sich – davon ausgehend – mit dem sich abzeichnenden weiteren Wandel *erfolgreich zu arrangieren*.

2 Bukow, Wolf-D.: Was ist Stadt? Beitrag zur Debatte „Was ist Stadt? Was ist Kritik?“. In: Sub/urban 10 (1) 2022, S. 152f.

Im Wesentlichen ist der Kern der Stadtgesellschaft aus den Alltagsroutinen konstituiert, die das Zusammenleben letztlich ermöglichen. Diese Alltagsroutinen fußen auf intrinsisch verankerten inklusiven Kompetenzen im Umgang mit Mobilität und Diversität.³ Sie besitzen eine spezifische Konstruktionslogik:

- a) Zum einen wird diese deutlich, vergegenwärtigt man sich *das typisch Städtische* bzw. das empirische *Bild der aktuell gewordenen Stadt*. Zum anderen tritt sie aber auch zu Tage, vergegenwärtigt man sich *das möglich Städtische*. Die Konstruktionslogik derselben Kompetenzen wird ebenso begreifbar, betrachtet man die Fragen und Überlegungen, die auf ein mögliches urbanes Konzept von Stadt abzielen.⁴ Hier geht es um zweierlei: Um das *gestern entwickelte, heute typische*, aber auch um das *morgen mögliche Städtische*. Diese *Konstruktionslogik* ist somit bewusst *offengehalten*. Sie ermöglicht erst eine spezifische Form gesellschaftlich konstruierter Wirklichkeit.
- b) Die Konstruktionslogik des Kerns der Stadtgesellschaft wird außerdem wesentlich bestimmt durch Handlungen, Fragen und Überlegungen, die *den Umgang miteinander* aufgreifen. Eine Voraussetzung für dieses Miteinander sind – früher wie heute, aller Digitalisierung und Virtualität zum Trotz – überschaubare, übersichtliche und real verankerte Orte. Denn das Zusammenleben und der Dauerablauf des Alltags werden genau hier vollzogen und sind hier sozial-räumlich identifizierbar. Dabei handelt es sich letztlich um urbane Räume, die je nach Grad der funktionalen Differenzierung der jeweiligen Region und ihrer Dichtheit, durch weitere virtuelle, weltumspannende sowie sozialräumliche und organisationale Arrangements ergänzt werden können. Solche überschaubaren und übersichtlichen Räume ermöglichen letztlich ein sinnhaft eingebettetes soziales Handeln. Heute mögen dabei neben dem Quartier samt seinen jeweiligen Vernetzungen zunehmend Milieus oder auch virtuelle soziale Räume und Netzwerke bedeutsam werden, doch allein schon aus anthropogenen Gründen bleibt eine sinnlich erfahrbare reale Verankerung vor Ort existentiell notwendig.

Gerade Ankommens- und Übergangssituationen (Onboarding, Transition), aber auch der institutionelle Alltag mit seinen alltäglichen Routinen, Praktiken, Regeln, Konventionen, Anrufungen, Sprachregistern und Diskursen erweisen sich hierbei immer wieder als besonders spannende Schaltpunkte. Denn genau hier wird über Inklusion oder Exklusion innerhalb der jeweiligen Situation immer wieder aufs Neue entschieden. Ganz einfach gesprochen, kann über ein Telefonat, ein E-Mail-Wechsel oder über den ersten Besuch einer kommunalen Ein-

3 Bukow, Wolf-Dietrich, u. a. (Hg.): (Re-)Konstruktion von lokaler Urbanität. Wiesbaden: Springer 2023.

4 Vgl. Lefebvre, Henri u. a.: Writings on cities. Oxford: Blackwell 2006, S. 65f.

richtung einer Familie, die neu in der Stadt ankommt und vor Ort Fuß fassen möchte, der Zugang zu Bildung, Wohnraum, Gesundheit etc. geebnet oder behindert werden.

Dies vor Augen, wird ein Gesellschaftsformat identifizierbar, das bereits vor Jahrtausenden erfunden wurde und heute weltweit dominiert.⁵ Es ist über die Städte hinaus zu einem angesagten, extrem attraktiven, universellen Lebensstil und schlichtweg zu einer *globalen Zusammenlevensvision* avanciert. Weniger entscheidend für die hiesige Argumentation ist hier die Frage danach, ob es sich hierbei um ein dominantes Gesellschaftsformat in der empirischen Wirklichkeit handelt, sondern bedeutsam ist, dass dieser universale Lebensstil visionär ist und global Anklang findet. Damit ist aktuell und zukünftig eine folgenreiche Transformation der gesellschaftlichen Wirklichkeit verknüpft, da eben dieses Gesellschaftsformat dazu motiviert,

- nicht nur Reales, sondern auch *Mögliches einzufordern* und Reales im Blick auf Mögliches *zu hinterfragen*.
- *neue bzw. neu kombinierte Milieus und Lebensstile* ubiquitären und zugleich einen irgendwie überschaubaren und er-/ lebbaren Alltag *zu entwickeln*.

Das Bewusstsein für diese Dynamik ist die Voraussetzung dafür, das Wesentliche der Stadtgesellschaft und des Zusammenlebens zu verstehen und von diesem Verständnis ausgehend, Veränderungen und Entwicklungen in der Region und der Stadt und vor allem im Quartier mit seinem irgendwie überschaubaren, er-/ lebbarem Alltag anzustoßen, zu planen und zu gestalten. In einer kompakten, dicht-vernetzten Stadt können die Regeln und Grenzen des Zusammenlebens dabei just-in-time routiniert gelebt, reflektiert und verändert werden.

Ein solches Verständnis ist die entscheidende Herausforderung für die weitere Debatte und für die weiteren Dialoge in Richtung inklusive Stadtgesellschaft. Dass dieses Verständnis bisweilen nicht allorts und von allen geteilt wird, zeigt die nun nachfolgende Analyse von Gesellschaftsformaten, mit denen das hier Skizzierte immer wieder konkurriert, namentlich handelt es sich hierbei um Formate gesellschaftlicher Wirklichkeit, die auf Verwandtschaftssystemen, imaginierten Gemeinschaften bzw. (nationalen) Kollektiven („imagined communities“) basieren.⁶

5 Bukow, u. a., (Re-)Konstruktion von lokaler Urbanität. 2023.

6 Vgl. hierzu auch Anderson, Benedict R. O' G: Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism. Rev. ed. London, New York: Verso 2006; Cudak, Karin: Bildung für Newcomer. Wie Schule und Quartier mit Einwanderung aus Südosteuropa umgehen. Wiesbaden: Springer 2017, S. 64.

2. Einschätzungen, die am Kern urbanen Zusammenlebens vorbeigehen

In den öffentlichen Debatten werden oftmals – anstatt sich mit den Grundlagen des urbanen Zusammenlebens zu befassen – aktuelle bzw. als aktuell etikettierte Punkte aufgegriffen und praktisch angegangen. Dazu zählen z. B. der Bau einer neuen Umgehungsstraße, die Ausweisung eines Industriegebiets oder die Anlage einer neuen Wohnsiedlung. Die in den öffentlichen Debatten behandelten Themen lassen sich dabei in zwei Komplexe aufgliedern, die einerseits das *städtische Outfit* und andererseits die *städtische Tiefenstruktur* betreffen. Beide Themenkomplexe arbeiten meist mit einem extrem verengten Blick und dem Ausblenden der Kernanliegen urbanen Zusammenlebens, was fast zwangsläufig kontraproduktive Sicht- und Handlungsweisen für die inklusive Stadtgesellschaft nach sich zieht. Dies soll nun etwas deutlicher gemacht werden:

Der erste öffentlich debattierte Themenkomplex behandelt das *städtische Outfit*. Er betrifft die Wirtschaftsentwicklung, die damit eng verknüpfte Verkehrsplanung und die Selbstdarstellung der Stadt (Marketing) durch prestigeträchtige Baumaßnahmen und kulturelle Aktivitäten.⁷ Die Kommunikation darüber ist deshalb erfolgsversprechend und nach außen entsprechend überzeugend darstellbar, weil diese wohlumgrenzten Gegenstände der Diskussion (vermeintlich) quantifizierbar sind, etwa als zu erwartende Einnahmen und Investitionen bzw. als Höhe steuerlicher Ausgaben (vgl. hierzu die Ausführungen zur Quantifizierung des Sozialen von Mau 2018). Die hier vorgestellten Debattelemente um jenes städtische Outfit gehen jedoch genau deshalb am Kern des städtischen Zusammenlebens vorbei, weil es sich hierbei um einen zunehmend wirtschaftswachstumszentrierten Referenzrahmen handelt, der den Blick ökonomistisch fokussiert und davon ausgehend die entsprechenden Herausforderungen identifiziert und organisiert. Um die Oberfläche der Orchestrierung politischer, verwaltungstechnischer und öffentlichkeitswirksamer Zusammenhänge als „glatt“ erscheinen zu lassen, Erfolge zu kommunizieren, Misserfolge zu bearbeiten und nächste Handlungsschritte zu legitimieren, wird zu diesem Zweck immer wieder auf „unabhängiges“ Expertenwissen von Forschungs- und Beratungseinrichtungen zurückgegriffen. Gutachten, sogenannte „Masterpläne“ und Strategiepapiere ebnen dann die entsprechenden Anschlusskommunikationen und -handlungen rund um das städtische Outfit.⁸ All diese Komponenten stehen mit dem konkreten urbanen Zusammenleben jedoch

7 Lanz, Stephan: Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt. Bielefeld: transcript 2007.

8 Kühl, Stefan: Der ganz formale Wahnsinn. Was Organisationen zusammenhält. München: Vahlen, Franz 2022.

in einem allenfalls als lose zu bezeichnenden Zusammenhang. Stattdessen sind sie dem konkreten Zusammenleben vor allem deshalb fremd, weil sie in einen größeren Zusammenhang eingebunden sind – obschon sie vordergründig und öffentlichkeitswirksam durchaus als lokale Leistungen auf der *Bühne der Stadt* kommuniziert werden und in Erscheinung treten.

Der zweite öffentlich debattierte Themenkomplex bewegt sich um die *Tiefenstruktur des Städtischen*. Er behandelt, im Gegensatz zum obig besprochenen Themenkomplex, Aspekte der Stadt, die durchaus das konkrete Zusammenleben, urbane Wirklichkeit im Kern und die Bevölkerung betreffen, allerdings in ebenfalls extrem verengter, bisweilen auch fatalistischer und gegeneinander ausspielender Weise:

1. Erstens geht es um soziale Deprivation, die mit Armut verknüpft ist bzw. eine mit migrationsspezifischer Mobilität verbundene Ausbildung vermeintlich ‚anderer‘ bzw. ‚zugehöriger‘ Milieus und Lebensweisen. Weniger alarmierend wirkt hier offenbar das Auseinanderdriften von für ‚typisch unterschiedlich‘ gehaltene gesellschaftliche ‚Gruppen‘ oder die gesellschaftlichen Ursachen des Auseinanderdriftens individueller ökonomischer und soziokultureller Möglichkeitsräume und das ungleiche Verfügen über gesellschaftliche Ressourcen. Vielmehr stört man sich – und dieser Debattenstrang existiert mindestens bereits seit der Industrialisierung und den mit ihr verknüpften sozialen Möglichkeiten und Problemen – an der Ausbildung vermeintlich ‚anderer‘ Milieus:

„Wieder im Fokus sozialer Kontrolle steht in jüngerer Zeit der Lebensstil unterer Schichten. Eine Rückkehr des Bildes ‚gefährlicher Klassen‘ und der ‚unwürdigen Armen‘ wird hervorgehoben, und diese mit unterschiedlichen Bedrohungsszenarien belegt, die bereits der ‚gefährlichen‘ Arbeiterklasse und dem Lumpenproletariat während der Industrialisierung zugeschrieben wurden.“⁹

Gefühlt ‚fremde/andere/abweichende‘ Verhaltens- und Denkweisen werden dabei oftmals essenzialisiert, also den beobachteten ‚Gruppen‘ als Wesensmerkmale zugeschrieben, auf deren Basis man sich dann legitimiert und privilegiert fühlt, routiniert weitere Marginalisierungen und Stigmatisierungen vorzunehmen (Abwertungen, Skandalisierungen und Kriminalisierungen).

Auch der umgekehrte Fall existiert: Gefühlt ‚zugehörige/ gleiche / vertraute‘ Verhaltens- und Denkweisen werden essenzialisiert und auf dieser Basis dann Vorrechte eingeräumt. Diese Debatten und damit verknüpfte Handlungen legen dabei die Hoffnung nahe, dass die eigens in Szene gesetzten hierarchisierenden Differenzen zwischen ‚den Anderen‘ und ‚den Zugehörigen‘ dazu führten, dass

9 Menzel, Birgit, Jan Wehrheim: Soziologie Sozialer Kontrolle. In: Georg Kneer, Markus Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 519 (509–524).

die eigens heraufbeschworenen Differenzen dann wieder unsichtbar würden, alles wieder so erscheint, wie man sich das wünscht bzw. man sich selbst gerne wieder gesellschaftlich platziert sähe und sich alles wieder anfühlt, wie es früher einmal gewesen sein soll.

Differenzierenden und hierarchisierenden Gruppenkonstruktionen werden immer wieder in der Öffentlichkeit dann vorgenommen, um Ungleichbehandlungen als legitim erscheinen zu lassen und um macht-politische Kontexte, die sozioökonomische Ungleichheiten bedingen, unsichtbar zu machen. Verdeutlicht werden sollen diese Prozesse ‚anderer‘ und ‚zugehöriger‘ Kollektive am Beispiel des Umgangs mit der Einwanderungsbewegung aus Südosteuropa, die verstärkt mit den EU-Beitritten unter dem Schlagwort der ‚Armutsflucht‘ öffentlich-medial debattiert und verhandelt wurde vs. der aktuellen Fluchtbewegung aus der Ukraine, die vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges öffentlich-medial als ungerecht empfunden wird und sich demzufolge solidarisch mit den Geflüchteten zeigt:

Beispiel I: Einwanderungsbewegung aus „Südosteuropa“ (‚die Anderen‘)

Zuletzt standen Rom*nja bzw. als solche identifizierte in einigen westeuropäischen Ländern im Fokus der Aufmerksamkeit, als sie als unerwünschte Einwanderer aus Südosteuropa in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten. Wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, zur Schule zu gehen, wurde ihnen oft nur de-standardisierte Bildung gewährt („Doppel-Standard“), d.h. ihnen wurden meist das volle Recht auf Bildung und der offene Zugang zum Bildungssystem verweigert. Ihre Rechte auf Bildung, Teilhabe und Inklusion wurden massiv eingeschränkt. Merkmale dieser exklusiven Bildung waren:

- mehrmonatige Wartelisten,
- Extra-Klassen für „Ausländer“ („Auffangklassen“) ohne Verbindung zum Regelunterricht,
- räumliche Trennung,
- ein inhaltlich und zeitlich stark reduzierter Stundenplan,
- kein Zugang zu Bildungsangeboten am Nachmittag und
- manchmal Verbote, die Erstsprache zugunsten von Deutsch zu sprechen.

Diese Form des antiziganistischen Rassismus wurde von vielen weiteren Ausgrenzungen und Vertreibungen in anderen existenziellen Bereichen (Wohnen, Arbeiten, Gesundheit) im urbanen Raum begleitet. Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, von einer ganzen Kaskade antiziganistischer Rassismen zu

sprechen, denen die Newcomer in den untersuchten Gemeinden nach ihrer Ankunft begegneten.¹⁰

Die Bulgar*innen und Rumän*innen werden vor dem Hintergrund ihrer (zugeschriebenen) ethnischen Zugehörigkeit als „Roma“ als „andere“ und „unerwünschte“ Geflüchtete antiziganistisch behandelt, obwohl sie EU-Binnenmigrant*innen und damit Unionsbürger*innen sind. Als EU-Bürger*innen machen sie letztlich nur von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch. Diskursiv und praktisch wird ihnen dieses Recht jedoch verwehrt und ihnen wird „Armutsflucht“ vorgeworfen. Dieses ihnen zugeschriebene Migrationsmotiv der „Armutsflucht“ wird somit nicht als legitim angesehen und sie werden pejorativ als „Flüchtlinge“ kriminalisiert und ihnen damit ihr voller Rechts- und Bürger*innenstatus abgesprochen, was sich auch im beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2014 bei gleichzeitiger Öffnung zur selbstständigen Arbeit strukturell niederschlug, womit gesellschaftliche Risiken (Krankheit, Arbeitsunfälle, Lohnausfälle etc.) individualisiert und damit wahrscheinlich werdende prekäre Lebenssituationen – die dann ja auch tatsächlich in den Innenstädten sichtbar wurden – bewusst in Kauf genommen worden sind (*self-fulfilling prophecy*)¹¹.

Beispiel II: Fluchtbewegung aus der Ukraine („die Dazugehörigen“)

Die oben beschriebenen Entwicklungen und Ausgrenzungspraktiken stehen in großem Kontrast zum Umgang vieler EU-Staaten und Kommunen mit ukrainischen Geflüchteten seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022.

- Die Geflüchteten aus der Ukraine hatten von Anfang an vielerorts einen ganz anderen Status als andere Geflüchtete und Migrant*innen aus anderen Staaten.
- Sie wurden oft direkt in die Mitte der Gesellschaft aufgenommen, beispielsweise nahmen viele Bundesbürger*innen Ukrainer*innen mit ihren Kindern zu Hause auf, die Schulen passten sich gleich nach der Ankunft an die Bedürfnisse der neuen Schüler*innen an, z. B. durch den ganz selbstverständlichen Einsatz von Übersetzungs-Apps im Unterricht und es wurden vielfach lokale Sammelaktionen durchgeführt, um neue Schultaschen für ukrainische Schüler*innen zu finanzieren.

¹⁰ Vgl. Cudak, Bildung für Newcomer. 2017.

¹¹ Cudak, Karin, Nicole Henning: Zugänge zu Bildung in der Stadtgesellschaft – am Beispiel eines Projekts zur Bildungsberatung in Kiel. In: Wolf-Dietrich Bukow, Joachim Ziefle (Hg.): Gesellschaftskritische Perspektiven auf das „Roma sein“ im urbanen Alltag. Die Mobilisierung des Antiziganismus in der Migrationspolitik. Köln: Melanchthon-Akademie 2021, S. 51–74.

Die Ukrainer*innen wurden unmittelbar als legitim Geflüchtete anerkannt, sie wurden offen aufgenommen und mit Ressourcen (kostenlosen Zugtickets, Nahrung, Unterkunft, Zugang zum Gesundheitssystem etc.) versorgt. Diese Offenheit ihnen gegenüber hängt auch mit der Einschätzung zusammen, dass sie als „europäisch“, „weiß“, „weiblich“ dekodiert werden und ihre Flucht vor dem russischen Angriff einvernehmlich und empathisch als logisch nachvollziehbare Konsequenz und subjektiv sinnvoll eingestuft wird.

Hinsichtlich des deutschen Bildungssystems gab es zumindest Bestrebungen, ukrainische Kinder so schnell wie möglich in Kindergärten und alle Schularten, einschließlich Gymnasien, möglichst in das Regelschulsystem zu vermitteln. Diskutiert wurde die direkte Anstellung ukrainischer Lehrkräfte, um die Schüler in ihrer Erstsprache unterrichten zu können.

Insbesondere dann, wenn im Rahmen der Stadt- und Organisationsentwicklung auf Basis eines solch ungleich-behandelnden, gemeinschafts-logischen und gleichzeitig verengten Referenzrahmen Entscheidungen getroffen werden, Programme entwickelt und umgesetzt werden, sind sie von vornherein bereits zum Scheitern verurteilt.¹² Die hier beispielhaft und lediglich angedeuteten öffentlich-medialen und politischen Einschätzungen auf zwei unterschiedlich macht-politisch kontextualisierte Migrations- bzw. Fluchtbewegungen stellt letztlich eine Reifikation dar, bei der es einer verunsicherten bürgerlichen Mitte meist darum geht, den eigenen Wohlstand höchst egoistisch und auf Basis von Grenzziehungspraktiken zu sichern.¹³ Die Programme und Konzepte, die auf einer solch hierarchisierenden Logik basieren, sind deshalb nicht nachhaltig, weil sie Menschen innerhalb formaler Systeme auf Basis einer Gemeinschaftslogik folgenden Einschätzung („die Anderen / die Rom*nja“ vs. „die zu uns Gehörenden / die Unkrainer*innen“) ungleich und ungerecht behandeln und damit letztendlich die Stadtgesellschaft als Ganze ent-solidarisieren.

2. Zweitens geht es um die Inszenierung eines begrenzten, handhabbaren *Umweltszenarios*, das lediglich die zunehmenden Belastungen für Einzelne, bestimmte Gruppen und Regionen in den Blick nimmt, in der Ausrichtung der

12 Vgl. El-Mafaalani, Aladin u. a. (Hg.): Auf die Adresse kommt es an. Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen. Juventa. Weinheim: Beltz Juventa 2015; Mafaalani, Aladin u. a.: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2020.

13 Die Verunsicherung basiert häufig auf einem Standortegoismus. Sie fußt aber auch oft auf einem gesellschaftlichen Wandel, in den man noch nicht, gerade nicht oder eben nicht mehr aktiv involviert ist. Deshalb bemüht man sich um die Absicherung der eigenen Ressourcen und ist alarmiert, wenn ‚andere‘ Lebensstile und Milieus im Alltag fühl- bzw. sichtbar werden oder wenn die ‚Anderen‘ gar Ansprüche öffentlich in Rechnung stellen.

Debatten und Maßnahmen jedoch meist – früher wie heute – lediglich auf mancherlei wohlumgrenzte Umweltaspekte (Schutz der Bienen) und „Schönheitsreparaturen“ (insektenfreundliche Blumenkästen aufstellen) hinausläuft. Obwohl das gesellschaftliche Wissen und das Bewusstsein über die globalen Zusammenhänge und Ausmaße sozialökologischer Möglichkeiten und Risiken hier – nicht zuletzt durch sozialökologische Bewegungen äußerst differenziert offen liegt und debattiert wird, wird die Notwendigkeit eines globalen Umweltmanagements nicht nachhaltig und zukunftsorientiert angegangen.¹⁴

3. Drittens zielen die Debatten auf eine ‚bedrohliche‘, weil asymmetrisch Bevölkerungsentwicklung ab, deren Zusammenhänge öffentlich auch immer stärker bewusst und entsprechend kommuniziert werden. Gemeint ist die Struktur der Bevölkerung im Blick auf Alter, Erwerbstätigkeit, Bezug von Sozialleistungen, Mobilität etc. und ihre Lebensweise, z.B. Familienplanung und die Art zu Wohnen. Diese aktuell stark zunehmende Asymmetrie der Bevölkerungsstruktur und ihr Wandel wird dabei statistisch genau erfasst und beschrieben (Zunahme an Singlehaushalten, alternde Bevölkerung, sinkende Erwerbsbeteiligung, Zunahme an Care-Work bzw. an angewiesenen Menschen auf Sorgearbeit, Wohnungs- und Ladenleerstände in bestimmten Regionen und Stadtteilen bei gleichzeitigem Andrang auf Wohnraum und Gewerbeflächen in ‚angesagten‘ Gebieten usw.). Die Statistiken zeigen vielfach aufs Genaueste die Veränderungen der Zusammensetzung der einzelnen Generationen. Sie sind die Grundlage der Betätigungsfelder verschiedener Politikbereiche, darunter die Sozial- und Kommunalpolitik. Der Aufmerksamkeitsfokus ist dabei jedoch auch hier häufig verengt und richtet sich nicht in ausreichendem Maße an die gesamte Bevölkerung mit ihren jeweiligen Bedürfnissen und Belangen sondern konzentriert sich auf immer wieder auf einige Wenige, von denen man sich eine Re-Legitimation politischer Entscheidungsmacht verspricht.

Die hier präsentierten, oftmals halbierten Einschätzungen und Debatten um das Outfit und die Tiefenstruktur des Städtischen sind nicht zuletzt deshalb frag- und denkwürdig, da ihnen vielfach eine *gemeinsame Wirklichkeit* fehlt und die selbstverständlich praktizierten Alltagsroutinen, also das Wesen, das das urbane Zusammenleben substanziell ausmacht, außer Acht gelassen wird. Stattdessen werden besondere Aspekte, die die dominierenden Erwartungen und Gewohnheiten, die dem öffentlich präsentierten Interesse oder den Macht- und Ressourcenansprüchen entsprechen, bedient (etwa „Skandale“ um Einwanderung oder ‚Andere‘, „Storys“ und „Dramen“, „Erfolgs-/Geschichten“ oder Verknüp-

14 Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2017.

fungen mit Kriminalitäts- und Problemdiskursen). Letztlich sind sie Teil eines Diversitäts- und Mobilitätsregimes, das entlang von außen konstruierten Differenzlinien versucht, Gesellschaft hierarchisch zu ordnen. Im Grunde laufen derartige Dosierungsversuche gesellschaftlicher Komplexität jedoch ins Leere, weil sie dem Wesen arbeitsteilig organisierter, multiinklusiver und superdiversifizierter Stadtgesellschaften widersprechen.

3. Mobilitäts- und Diversitätsregime als Ordnungsversuche gesellschaftlicher Komplexität

Deutlich werden die fatalen Effekte solcher Fehleinschätzungen spätestens im ungleichbehandelnden Umgang mit den zuvor gesellschaftlich konstruierten Gruppen. Der Umgang ist schließlich Teil eines Migrations- und Diversitätsregimes, das gesellschaftliche Gruppen hinsichtlich verschiedener Merkmale (sozioökonomischer Status, Aufenthaltsrecht, Migrationsmotiv, Aussehen) als ‚zugehörig, wertvoll, nützlich‘ oder als ‚anders, wertlos, lästig‘ markiert und vor diesem Hintergrund extrem ungleich und oftmals völlig willkürlich behandelt.

Oftmals beruhen die Einschätzungen auf dem Fortbestehen eines gesellschaftlich tief verwurzelten Rassismus und auf unterschiedlichen machtpolitischen Kontexten, die hier – mehr oder weniger bewusst – als Bezugsrahmen für den Umgang mit gesellschaftlicher Mobilität und Diversität herangezogen werden.

Letztlich ist eine solche Ungleichbehandlung diskriminierend, weil sie die einen als „wertvolle“ Mitbürger*innen mit vollen Rechten in ihren Bedürfnissen und Wünschen und die anderen als „wertlose“ Außenseiter*innen anspricht. Vor diesem Hintergrund stigmatisiert und marginalisiert sie massiv.

Rassismus weist dabei viele Schattierungen auf. Schließlich wirft die Ungleichbehandlung von als ‚Anderen‘ markierten den Schatten eines historisch überdauernden und modernisierten rassistischen Regimes auf, wonach Antiziganismus und Rassismus nachweislich seit dem späten Mittelalter in ihren ersten Varianten existierten. Während des Kolonialismus erreichte die Brutalität und Effizienz des Rassismus – nicht zuletzt wegen seiner „wissenschaftlichen“ Fundierung – seinen Höhepunkt: Viele Millionen Menschen, die zuvor durch die Ideologie des Rassismus de-humanisiert worden waren, starben durch rassistisch legitimierte Deportationen und sklavische Arbeit. Während der NS-Zeit wurden mehr als eine Million Sinti*zze und Rom*nja, 6 Millionen Jüdinnen und Juden und andere gesellschaftliche Minderheiten ausgelöscht – ebenfalls „wissenschaftlich“ legitimiert auf der Grundlage antiziganistischer, antisemitischer und rassistischer Ideologien.

Mit dem Verbot sklavischer Arbeit und dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieben viele der Verantwortlichen für Shoa, Völkermord und Gewalt letztlich in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Positionen. Während die Aufarbeitung der Gewaltverbrechen nur schleppend vorankamen und die Selbstorganisationen der jeweiligen gesellschaftlichen Minderheiten insgesamt nur wenig beachtet wurden.

Diese ungleichen und differenzlogischen Einschätzungen bleiben nicht folgenlos. Sie wirken sich schwächend auf den Zusammenhalt und das urbane Zusammenleben der Gesellschaft insgesamt aus. Zunächst betreffen sie diejenigen, die direkt von Ungleichheit, Diskriminierung und Rassismus geschädigt werden. Langfristig schaden sie aber dann auch dem Zusammenleben und den Städten insgesamt, weil sie einem respektvollen und sozialen Miteinander *aller mit allen* entgegenstehen, deplatziert und längst in ihrer Gesellschaftsformation überholt sind:

- Bei den bulgarischen und rumänischen Unionsbürger*innen ist es die territoriale und wirtschaftliche Erweiterungslogik der EU, die unter dem Deckmantel der Werteeinheit und wirtschaftlichen Nützlichkeit des neu erschlossenen Territoriums stattfindet. Sie schließen all diejenigen aus, die schon vor den EU-Erweiterungen ausgeschlossen waren (die Armen, die in technologisch und wirtschaftlich abhängigen Regionen leben) und dementsprechend nicht dem Bild einer prosperierenden, mächtigen EU entsprechen.

Der in den postsowjetischen Staaten und dem ehemaligen Jugoslawien bereits weit verbreitete Antiziganismus setzte sich dann nur noch in den alten EU-Staaten fort bzw. wurde re-importiert (in modernisierter Form als Arbeitsmarktbeschränkungen, die bis 2014 nur selbstständige Tätigkeiten zuließ und damit soziale Risiken und Verantwortungsbereiche, z.B. Arbeitsunfälle, Krankheit, Betreuungsarbeit etc., individualisierte, s. o.). Die antiziganistische Segregation gegenüber „den Roma“, die sich dann in den Innenstädten der westeuropäischen Länder abzeichnete, wirkte sich zunächst nur in den Stadtteilen und Immobilien aus, in denen Zuwanderung sichtbar gemacht wurde (die Rede war dann hier von ‚Problemvierteln/Armutsquartieren/sozialen Brennpunkten/Parallelgesellschaften‘ und ‚Schrottimmobilien‘). Sie wird zunehmend auch politisch instrumentalisiert und populistische Gewinne zu erzielen.¹⁵ Gleichzeitig schwappte die in einzelnen Stadtteilen massiv zu beobachtende verräumlichte Debatte um „Armutsflucht“ aber auf ganze Städte und Regionen über. Manche Regionen gelten längst als „abgehängte“ Region.¹⁶ Kurzzeitig konnten manche der von Abwanderung gekennzeichneten Regionen durch die Geflüchteten im Jahr 2015 wieder an Einwohner*innen

¹⁵ Vgl. Bukow, Was ist Stadt? 2022.

¹⁶ Vgl. Cudak, Bildung für Newcomer. 2017.

gewinnen – nachhaltig zeichnet sich jedoch oftmals das Gegenteil ab. Der demografische Wandel wird politisch nach wie vor eher mit einer Abwehr gegenüber Einwanderung beantwortet, anstatt Mobilität und Diversität als eine basale gesellschaftliche Wirklichkeit anzuerkennen und produktiv anzugehen.

- Im Fall der ukrainischen Geflüchteten sind es die machtpolitischen Konstellationen, die in den westlichen Ländern oft ignoriert wurden und die nun durch die freigesetzte millionenfache Flucht der Ukrainer*innen in Richtung Westen deutlich werden. Die westlichen Staaten haben den expansiven, kriegerischen Imperialismus Russlands völlig unterschätzt. Der folgende Angriffskrieg wurde von der westlichen Bevölkerung als zutiefst ungerecht empfunden und auch als Angriffskrieg gegen „das Eigene oder den Westen“ und dessen freiheitlich-demokratisches Staatswesen insgesamt gesehen, so dass eine nahezu uneingeschränkte Solidarität mit den Angegriffenen artikuliert wird. Diese Einschätzung spiegelt sich seither auch in einer Berichterstattung auf Augenhöhe wider (Medien sprechen die Geflüchteten als Bürger*innen an, in ihrer alltäglichen Lebenswelt, z. B. als Joggende in Kiew trotz Krieg, als Ehefrau, die sich um ihren Mann sorgt, als Mensch, der sein Hab und Gut verloren hat und in ihren jeweiligen Bedürfnissen und Gefühlen). Die empathische Berichterstattung von Menschen, die als gleichwertig – nicht etwa als ‚Opfer‘, ‚Traumatisierte‘, ‚Arme‘ – anerkannt werden, zieht gleichzeitig einen humanen Umgang mit den Geflüchteten als Mitbürger*innen nach sich – im Bildungswesen ist dies zu beobachten, aber auch in allen anderen zentralen Existenzbereichen. Aufgrund der hohen Identifikation mit den Ukrainer*innen erscheinen sie somit nicht als „Andere“, sondern mehr als „Nachbar*innen“ und Teil der europäischen ‚Gemeinschaft/Familie‘.

Die Gegenüberstellung dieser mit unterschiedlichen Valenzen, doch gleichsam rassistischen Kollektivkonstruktionen, belegen damit, dass Rassismus in seinen verschiedenen Ausprägungen bis heute deutlich – in modernisierter und hybridisierter Form – nachwirkt.

Elementar für das Verständnis von Rassismus und Antiziganismus sowie anderen Ausgrenzungspraktiken ist jedoch, dass die historischen Merkmale eines vermeintlich kulturell-ethnischen Kollektivs weniger wichtig sind. Vielmehr geht es darum, die hier verdeutlichte innere Konstruktionslogik und die innere Struktur von Rassismus zu verstehen, die eben darauf basiert, die eigene Position aufzuwerten, Privilegien zu sichern, andere von Ressourcen fernzuhalten und damit eine Überlegenheit gegenüber vermeintlich „Anderen“ zu etablieren.¹⁷

17 Vgl. Cudak, Zugänge zu Bildung in der Stadtgesellschaft. 2021, S. 51–74; Bukow, Gesell-

Entscheidend für die Überlegungen in Richtung inklusiver Stadtgesellschaft ist hier, dass derartige Ungleichbehandlungen bis hin zur Auslöschung gesellschaftlicher Gruppen kein nachhaltiges und zukunftsträchtiges Format des Zusammenlebens sind. Da weder die oben angedeuteten Debatten noch die kollektivierenden Diversitäts- und Mobilitätsregime in der Lage dazu sind, die tatsächlichen gesellschaftliche Herausforderungen effektiv aufeinander zu beziehen, sie miteinander zu vernetzen oder sie gar unter einem gemeinsamen Handlungshorizont zusammenzuführen. Das liegt daran, dass sie sich in ihrem Referenzrahmen, in der Differenzierung der jeweiligen Perspektiven und schließlich auch in der Einordnung an sich komplexer Probleme nicht nur erheblich unterscheiden, sondern unterschiedlichen, oft diametral verschiedenen Interessen folgen.

Während die verwendeten Referenzrahmen stattdessen ausreichend konkret auf die zentralen Fragen des urbanen Zusammenlebens ausgerichtet und tatsächlich *alles und alle übergreifend*, lässt sich vermuten, dass durchaus eine andere Politik in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Wohnen, Soziales, Ökologie, Wirtschaft und Stadt- und Raumplanung) – in Richtung inklusive Stadtgesellschaft – erfolgreich anhebbar wäre und die Bemühungen der Beteiligten entsprechend gebündelt werden könnten. Die skizzierten Herausforderungen, die das sozialökologische Zusammenleben und die Ausgestaltung urbaner Räume betreffen, können auf eine solch ernst-nehmende und auf Augenhöhe stattfindende Weise, erfolgreich zusammengeführt und auf Basis der Konstruktionslogik der Stadtgesellschaft sozial adäquat angegangen werden.

4. Ansatzpunkte für inklusions-orientierte Sicht- und Handlungsweisen

Immer dort, wo aus welchen Gründen auch immer, die zunehmende Mobilität und Diversität zum Anlass für Debatten wird, rückt das urbane Zusammenleben schneller und gezielter ins Blickfeld. Genau diese zunehmende Mobilität und Diversität stellen *Schlüsselherausforderungen* des urbanen Zusammenlebens dar. Ihre erfolgreiche Bearbeitung zeigt sich genau hier ganz deutlich: In den Sichtweisen auf und im Umgang mit der zunehmenden Mobilität und Diversität sowie deren Effekten auf das Zusammenleben. In einem größeren Maßstab lässt sich dies mit den Debatten in einer ganzen Reihe von Mega Cities belegen, die exakt vor diesen Schlüsselherausforderungen stehen und die offenbar seit ihrem Be-

schaftskritische Perspektiven. 2021; Bukow, Wolf-Dietrich: Struktureller Antiziganismus – die Romastory. In: Bukow, Gesellschaftskritische Perspektiven. 2021 S. 11–41.

stehen mehr und mehr dazu genötigt sind, das gemeinsame Zusammenleben einer mobiler und diverser gewordenen Bevölkerung inklusiv zu arrangieren.

Dass es in der Vergangenheit und Gegenwart immer wieder zu einer Besinnung auf das, was eine Stadtgesellschaft im Kern ausmacht, kommt bzw. gekommen ist, zeigen die produktiven Auseinandersetzungen mit migrationsspezifischer Mobilität, genauer: mit der immer weiter zunehmenden Einwanderung und deren Effekten auf bestimmte urbane Gebiete und Städte. Dabei versucht man sich gelegentlich auch mit anderen Städten politisch abzusichern und fragt zunehmend nach einer zukunftsorientierten, und gemeinsamen Regionalentwicklung. Diese dynamischen Entwicklungen werden dann immer wieder zum Anlass genommen, sich für die Absicherung der Einwanderer als Newcomer, für deren Platzierung in der Stadt und damit für ein gutes Zusammenleben auf Augenhöhe einzusetzen und damit dann auch zu einem inklusiv ausgerichteten Empowerment und Selbstbewusstsein beizutragen: D.h. es wird eine Art inklusive Struktur beschworen und kulturgeschichtlich legitimiert, um sie dann in die Zukunft zu projizieren, und dieselbe zu gestalten. Dies lässt sich durch die folgenden zwei Beispiele plastisch illustrieren:

Beispiel 1

Mit dem geänderten Aufenthaltsrecht unter der Trump-Regierung in den USA haben sich viele Städte unter dem Vorzeichen der *Sanctuary City*¹⁸ für ihre Bürger*innen engagiert, indem sie ihre millionenfache Illegalisierung und Abschiebung – durchaus auch in Kooperation mit weiteren Städten – zu verhindern. Damit haben die Städte gezeigt, dass sie sich als autonome, verantwortungsvolle und inklusionsorientierte gesellschaftliche Figurationen, als Stadtgesellschaften verstehen – als eine Stadtgesellschaft, die über eine spezifische intrinsische Basis verfügt, die allen zumindest ein Grundrecht auf Stadt imstande sind einzuräumen.

Beispiel 2

Die Debatte, die Doug Saunders mit seiner Veröffentlichung über *Arrival Cities* (2011) angestoßen hat, legt offen, wie einwanderungsgeprägte, oftmals im öffentlich-medialen Diskurs als ‚soziale Brennpunkte‘ stigmatisierte Stadtquartiere skandalisiert werden und damit ihrer Alltäglichkeit der dauerablaufenden

18 Scherr, Albert, Rebecca Hofmann: Sanctuary cities. Eine Perspektive für deutsche Kommunalpolitik? Kritische Justiz 49 (1) 2016, S. 86–97.

Handlungsroutinen beraubt werden. Es zeigt sich in der globalen Perspektivierung und Beleuchtung dieser Quartiere dieser Publikation, welche globale Präsenz sie besitzen und – noch viel wichtiger: wie entscheidend der jeweilige Blick dafür ist, welche Maßnahmen seitens der kommunalen Vertreter*innen schließlich ergriffen werden und was genau durch jene Perspektivierung des Blickes jeweils möglich bzw. auch verunmöglicht wird. Durch Saunders' Recherchen und Darstellungen wird der Blick schließlich frei auf das, was das urbane Zusammenleben in solch Ankunfts-, Durchgangs- und durchaus auch Abwanderungsquartieren ausmacht: Die beschriebenen Quartiere dienen mit ihren oftmals needs-orientierten Strukturen als Ankunftsstationen, als Möglichkeitsraum, um sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden und schließlich als Sprungbrett, um sich – gestärkt durch die Unterstützungsstrukturen in den Ankommensquartieren – wiederum neuen Möglichkeitsräumen öffnen zu können. Insofern bietet die Publikation von Saunders starke Argumente dafür, Stadtveränderungen in Richtung Inklusion und Nachhaltigkeit voranzubringen. Gleichzeitig stellt sie starke Argumente gegen immer wieder unternommene, sehr weit verbreitete populistische Initiativen bereit, die bestimmte Stadtteile als „soziale Brennpunkte“, „Parallelgesellschaften“, „Armutsviertel“ etc. stigmatisieren, marginalisieren und als solche diskursiv festschreiben wollen.

Die Debattenstränge, die sich in den beiden hier genannten Beispielen widerspiegeln, sind im Grunde schon älter. Sie fußen u. a. auf den Überlegungen von Stadt- und Gesellschaftsforscher*innen des Beginns und der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, darunter etwa G. Simmel, später dann H. Lefebvre und E. Goffman, die sich dem erlebbaren bzw. erlebten Alltagsleben zuwenden und dazu völlig selbstverständlich einen überschaubaren Raum (die Straße, den Platz, das Quartier) als Referenzrahmen für ihre Forschung nutzen. Auch aktuell gibt es zahlreiche Forschungsarbeiten, die einen solchen kleinräumigen Referenzrahmen für ihre Forschung nutzen und sich in dieser Logik forschungspraktisch bewegen – bis zu den aktuellen Arbeiten zur 15-Minutenstadt.¹⁹

Das Narrativ von der Urbanität hat dann aber auch in der ganz praktischen Debatte um Stadt-, Raum-, Quartiers- und Gesellschaftsplanung an Gewicht

19 Vgl. Schmincke, Imke: Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. Eine Studie zum Verhältnis von Körper, Raum und Marginalisierung. Bielefeld: transcript 2009; Berding, Nina: Alltag im urbanen Quartier. Eine ethnografische Studie zum städtischen Zusammenleben. Dissertation, Wiesbaden 2018; Arouna, Mariam u. a.: Fluchtort Stadt. Explorationen in Städtische Lebenslagen und Praktiken der Ortsaneignung. Von Geflüchteten. Wiesbaden: Springer 2020; Preissing, Sonja: Jugend am Rande der Stadt. Eine vergleichende Studie zu Marginalisierung und Raumanneignung in Deutschland und Frankreich. Dissertation, Wiesbaden; Cudak, Bildung für Newcomer. 2017, Błąd! Tylko dokument głównyBukow, Konstruktion von lokaler Urbanität. 2023.

gewonnen, indem es zunächst in Kanada aufgegriffen wurde und im Anschluss an HABITAT I eine größere Verbreitung gefunden hat. In dieser Debatte wird immer wieder für eine zunehmende Mobilität und Diversität sensibilisiert²⁰ und für eine nachhaltige, zukunftsorientierte und quartiersbasierte Regionalentwicklung als Inclusive City²¹ geworben. International aber auch in Deutschland gibt es zahlreiche Beispiele, wie diese Ideen bereits produktiv aufgenommen worden sind (z. B. die Quartiersplanung rund um das „Weltquartier“ im einwanderungsgeprägten Stadtteil Hamburg Wilhelmsburg oder die einwanderungsbasierte Stadt Leicester, die sich auf Marketing-Ebene als *Eine-Stadt-für-Alle* im öffentlichen Raum präsentiert).

Mit der *Charta von Leipzig* und der kanadischen Debatte wurde das erste Mal eine integrale Stadtentwicklung skizziert.²² Sie mündet in einer Zielvorstellung, die später auch vom Deutschen Städtetag (2013) mehrfach eingefordert wird (wenngleich ohne die nötige Konsequenz, die Urbanität als solche zu fördern und die städtische Wirklichkeit im Kern neu zu gestalten). Damit wurde – wenngleich noch nicht mit der nötigen Resonanz und der Abstimmung der einzelnen Diskussionen aufeinander – die Notwendigkeit erkannt, den verschiedenen Erfordernissen der Kommunen in ihrer Dynamik und Komplexität besser gerecht zu werden und mit den je eigenen lokalisierten Herausforderungen zu justieren und voranzutreiben, was derzeit lokal und regional – mal erfolgreicher, mal weniger erfolgreich – gelingt, was nachfolgend illustriert wird:

- a) Vor allem in den vom gesellschaftlichen Wandel besonders geprägten Kommunen haben zahlreiche Diskussionen über die Zukunft des urbanen Zusammenlebens stattgefunden. Beispiele sind hier das Ruhrgebiet, das in den 1970er und -80er Jahren von Entindustrialisierung und weiteren Transformationsprozessen heimgesucht worden ist, sowie viele Regionen und Kommunen in den neuen Bundesländern in Ostdeutschland, wo sich analog drastische Umbrüche ereigneten. Wenngleich hier bereits erste Schritte in Richtung einer integrierten Stadtentwicklung unternommen worden sind, sind bislang noch nicht alle Teilaspekte zusammengeführt worden und oft genug wurde auch versucht, die Regionalentwicklung auf dem Rücken von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (z. B. im Ruhrgebiet als ‚Armutsflüchtlinge‘ bezeichnete Unionsbürger*innen aus Bulgarien und Rumänien, wo man eigentlich antiziganistisch ‚die Rom*nja‘ meinte, und in den neuen

20 Vgl. Ipsen, Detlev u. a.: Toronto. Migration als Ressource der Stadtentwicklung. Kassel: Univ. Kassel 2005.

21 Alisch, Monika, Michael May (Hg.): „Das ist doch nicht normal!“. Sozialraumentwicklung, Inklusion und Konstruktionen von Normalität. Opladen: Budrich 2015.

22 Dieckmann, Patrick (Hg.): 5 Jahre Leipzig Charta – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt. Deutsches Institut für Urbanistik. Stand: Oktober 2012.

Bundesländern die ‚gefühlten Ausländer*innen‘, womit man eigentlich Menschen, die man als ‚migrantisch‘ und ‚anders‘ rassistisch identifizierte, s. o.) zu steuern, diese auszugrenzen und dabei in der Regel aber nicht nur den jeweiligen gesellschaftlichen Minderheiten schaden, sondern der gesamten Kommune bzw. Region, indem diese insgesamt segregierter, stigmatisierter sowie unattraktiver für die breite Bevölkerung werden. So haben in einigen Ruhrgebietsstädten, darunter Dortmund und Duisburg, die pejorativen, wenig sachlichen und langjährigen Debatten um „Armutsflucht“ und „massenhafte Einwanderung aus Südosteuropa“ im Ergebnis dazu geführt, dass den Städten nun als Ganze das Image wenig prestigeträchtiger Lebensorte anhaftet, was eine weitere Abwärtsbewegung und zunehmende soziale Ungleichheiten in der Stadt für alle Bewohner*innen zur Folge hat (s. o.). Es gibt aber auch Städte, darunter Basel, Stuttgart, Offenbach und Aachen, die sich der zunehmenden Mobilität und Diversität *ohne Wenn und Aber* angenommen haben – nämlich über eine integrierte Stadtentwicklung – und so auch ihr Image positiv beeinflussen konnten.

- b) Eine Neujustierung der lokalen Herausforderungen sind auch dort zu beobachten, wo sich Aktivist*innen aus der Zivilgesellschaft für das urbane Zusammenleben engagieren, z. B. früher im Rahmen der Agenda-Debatte, seit einigen Jahren auch im Rahmen der Re-Urbanisierung und des urbanen Recyclings ehemaliger, verfallener Industrieanlagen, einzelner Stadtviertel, die ausgebaut oder neugestaltet werden (Quartiersentwicklung). Spannende Debatten, Aushandlungsprozesse und Dynamiken entstehen auch dort, wo man sich gegen gentrifizierende Tendenzen im Sinne einer Stadt für alle stark macht. Erfolgsversprechend sind hier Debatten und Entwicklungen,
- die die Wünsche und Perspektiven der tatsächlichen Gesamtbevölkerung berücksichtigen
 - die sich an der konkreten Alltagspraxis und an Nachhaltigkeit orientiert und diese ernst nimmt.
 - die das Quartier als dicht und gemischt begreifen.²³

In vielen lokalen und regionalen Debatten ist es aber nach wie vor so, dass lediglich eine dosierte soziale Mischung – also einzelne Gruppen (Lobbyverbände, Verbände, Investor*innen etc.) – gehört wird.²⁴ Andere Positionen und ihre jeweiligen Anliegen werden dabei dann weitgehend ignoriert. Die Stadtentwicklung wird dann auf Basis von familiastischen Gemeinschafts-

23 Vgl. Gardner, Gary T. u. a.: Can a city be sustainable? Worldwatch institute. Washington: Island Press 2016.

24 Vgl. hier zur Illustration den Unternehmerrat Hagen 2017. Werte und Strategiekompass. Arbeitspapier, BAHN, Kommunikation und Human Management GmbH Hagen.

vorstellungen vorangetrieben, was notgedrungen zu einer Verengung der ergriffenen Maßnahmen zugunsten einzelner Bevölkerungsgruppen führt.

- c) Die Neue Leipzig Charta 2020 betont explizit die integrative Kraft von Quartieren, sofern sie sich an den gesellschaftlichen Wandel anpassen können.²⁵ Auch im politischen Kontext ist die Quartiersebene als Handlungsebene der Stadtentwicklung stärker in den Fokus gerückt, was sich in nationalen wie kommunalen Förderprogrammen niederschlägt (bspw. Städtebauförderprogramm). Gesellschaftlichen Herausforderungen wird daher zunehmend auf der Ebene des Quartiers begegnet, weshalb es umso wichtiger ist, Quartiere in ihrer Bedeutung und Funktion für die Nutzer:innen sowie den erlebten Alltag zu untersuchen. Erst mit diesem spezifischen Wissen um die Eigenlogiken des sozialräumlichen Umfeldes eines jeden Einzelnen ist eine adäquate Gestaltung der Quartiere als Orte gesellschaftlichen Zusammenlebens möglich. Die wissenschaftliche Praxis bietet bereits eine Vielzahl an lebensweltlichen Studien, die das konkret erlebbare Quartier in den Fokus stellen und lokale wie globale Zusammenhänge gleichermaßen empirisch nachvollziehbar machen.²⁶ Gegenwärtig wird dabei zunehmend auch eine postethnische bzw. postmigrantische Perspektive verfolgt, wobei eine Neubestimmung auf eigentlich althergebrachte urbane Routinen und ihre immer wieder lokalräumlichen Arrangements forciert wird.²⁷

All dies hat dazu beigetragen, von einer *Eigenlogik der Stadt*²⁸ zu sprechen. Auf dieser Basis kann dann, insoweit die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung im Rahmen einer erlebbaren und überschaubaren stadtesellschaftlichen Wirklichkeit, im Quartier zum Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen gemacht werden. Auf diese Weise kann dann Quartier für Quartier gegen die unterschiedlichsten Formen von Exklusion stark gemacht werden (sozial-räumlich,

25 Vgl. Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl, 2020.

26 Vgl. Geisen, Thomas: Urbanität und Alltagsleben. In: Ders. u. a. (Hg.): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten. Wiesbaden: Springer 2017, S. 35 ff (35–57); Sennett, Richard: Respekt im Zeitalter der Ungleichheit. Unter Mitarbeit von Michael Bischoff. Hamburg: Zeitverlag Gerd Bucerius 2016; Sassen, Saskia: Ausgrenzungen. Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft. Frankfurt am Main: Fischer 2015; Roy, Ananya, Aihwa Ong (Hg.): Worliding cities. Asian experiments and the art of being global. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2011; Schneider, Jens u. a.: Generation Mix. Die superdiverse Zukunft unserer Städte – und was wir daraus machen. Münster: Waxmann 2015; Berding, Alltag im urbanen Quartier. 2018.

27 Vgl. Römhild, Regina: Diversität?! Postethnische Perspektiven für eine reflexive Migrationsforschung. In: Boris Nieswand, Heike Drotbohm (Hg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. Wiesbaden: Springer VS 2015, S. 255ff. (225–250).

28 Reicher, Christa u. a. (Hg.): Urbanitäten. Ein interdisziplinärer Diskurs zur Eigenlogik des Städtischen. assoverlag. Oberhausen: asso-verlag 2015.

institutionell, zeitlich, hier speziell auch vor dem Hintergrund biografisch verankerter Mobilitäts- bzw. Migrationsmuster, aber auch diskursiv). Dies wiederum ist die Basis für eine neue Sensibilität und Offenheit gegenüber einer gesellschafts- und wirklichkeits-adäquaten sozialen, kulturellen, biografischen, post-migrantischen, gender- und dis*ability-bezogenen Diversität und damit einer Inklusionskompetenz, die eine besondere Zukunftsfähigkeit verspricht.

Ein solcher Referenzrahmen birgt mindestens vier Vorteile in sich: *Erstens* ist er historisch an die Tradition der europäischen Stadt anschlussfähig, *zweitens* lässt er eine tiefere rechtliche Argumentation zu, nämlich an urban zu realisierende Menschenrechte, *drittens* eröffnet er ganz neue Möglichkeiten, das Stadtquartier als Fußabdruck einer ubiquitär präsenten globalisierten Wirklichkeit zu interpretieren und daraus quartiersbasierte Folgerungen für eine gezielt nachhaltige Entwicklung zu ziehen und viertens wird endlich ein Perspektivenwechsel in Richtung auf eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinn einer *konzentrischen* Ausrichtung der je individuellen Alltagsbedürfnisse wie Arbeiten, Wohnen und Alltagsleben, d.h. die Fokussierung des je individuellen Alltagslebens auf ein einziges dichtes und gemischtes Quartiers, ein 15-Minutenquartier möglich.

5. Das Stadtquartier als Referenzrahmen für eine inklusions-orientierte Stadtgesellschaft

Urbanität hat sich vor Jahrtausenden vor dem Hintergrund als Antwort auf die Frage entwickelt, wie das Zusammenleben unabhängig von Familienzugehörigkeit, Sippen und anderen auf Verwandtschaft basierenden Zugehörigkeitsregeln organisieren kann. Die Antwort war damals eine absolut neuartige und extrem radikale Erfindung – die Erfindung eines neuartigen Gesellschaftsformats. Zusammenleben wird hier in gewisser Weise ähnlich wie beim Prinzip der Arbeitsteilung organisiert, nur eben nicht zwischen Handelnden, sondern zwischen *Handlungssituationen*. Das Zusammenleben basierte auf einer spezifischen Ordnung – je nach dem jeweils für relevant gehaltenen gesellschaftlichen Bereich. Damit ermöglicht das Gesellschaftsformat:

1. Die Schaffung *formaler Strukturen zur Sicherung von arbeitsteiligem Handeln* in Produktion und Handel und in der Verwaltung, also der Organisation von Wissen, Bildung und Macht
2. Die *Entwicklung eines alles überwölbenden politischen Diskurses* und schließlich

3. Die Gestaltung einer individuell verantworteten Lebenswelt mit speziellen Milieus, Sprachen und Gewohnheiten.²⁹

Zwar haben sich diese *drei gesellschaftstragenden Säulen* im zeitlichen Verlauf entsprechend ihrer jeweiligen Kontextbedingungen immer wieder gewandelt, als solche haben sie aber überdauert und sichern nach wie vor den Erfolg des Gesellschaftsformats als lebendiges urbanes System. Erst die kritische Sozialforschung und engagierte Expert*innen haben den Blick auf das Alltagsleben in eben dieser Dynamik als Fußabdruck der globalisierten Wirklichkeit gelenkt und klar gemacht, dass dieses Gesellschaftsformat in seiner urbanen Eigenlogik entscheidend dafür ist, das alltägliche Handeln und die alltäglichen Routinen, die für das Zusammenleben relevant sind, wie selbstverständlich einer dieser drei Säulen zuzuordnen und den dort jeweils geltenden Regeln bzw. der jeweils gültigen Zweckrationalität zu unterwerfen.³⁰

Für das urbane Zusammenleben bedeutet das konkret, dass es darum geht, den tagtäglich, routiniert gelebten *Dauerablauf des Alltags* (Schütz) im Rahmen einer erlebbar konstruierten stadtgesellschaftlichen Wirklichkeit ernst zu nehmen. Zugleich geht es auch um eine *wohlwollend distanzierte Verstetigung* (Goffman) des Zusammenlebens im Quartier. Dies beinhaltet, dass die Alltagshandlungen selbstverständlich einer der oben genannten drei Gesellschaftsräume zugeordnet werden und sie dort der jeweils üblichen Zweckrationalität entsprechend untergeordnet werden. Eine solche Konstruktionslogik von Gesellschaft impliziert dann das Gegenteil von Konzepten, die nach wie vor sehr verbreitet sind und auf deren Basis versucht wird, Stadt analog zu dem sozialen Format Familie, als homogen interpretierten Gemeinschaft (z. B. als kulturelle oder religionsbezogene Wir-Gruppe) oder als quasi-verwandtschaftlichen zu deuten oder zu stilisieren. Ebenso steht eine solche Gesellschaftsformation in einem diametralen Gegensatz zu Konzepten, die Stadt zu einem Nationalstaat im Kleinen (nationalistische Gemeinschaftsmythen, populistisch aufbereitete nationale Erzählungen) oder pseudoländlichen, am besten noch als subsistenzgeprägten ländlichen Leben machen wollen bzw. sich imaginieren, dorthin „zurückzukehren“. Für eine veralltäglichte Aneignung und Habitualisierung von Diversität und Mobilität, die als Fußabdruck der globalisierten Wirklichkeit in

29 Bukow, Wolf-Dietrich, Karin Cudak: Auf dem Weg zur Inclusive City. In: Melanie Behrens u. a. (Hg.): Inclusive City. Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer 2016, S. 1 ff.

30 Vgl. Bukow, Wolf-Dietrich: Mobilität und Diversität als Herausforderungen für eine inclusive city. In: Erol Yildiz, Marc Hill (Hg.): Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Bielefeld: transcript & De Gruyter 2015, S. 105 ff. (105–115); Bład! Tyłko dokument główny Bukow, u. a., (Re-)Konstruktion von lokaler Urbanität. 2023.

der urbanisierten Gesellschaft zu Tage tritt, sind für das erfolgreiche Zusammenleben schließlich zwei Dinge entscheidend:

1. Es geht um die *Entwicklung einer Alltagspraxis in einem überschaubaren Raum*, die der routinierten und wie selbstverständlichen Bewältigung alltagspraktischer Bedürfnisse dient.
2. Es geht um eine *faire und gerechte Offenheit der drei Gesellschaftssäulen (s. o.) für die Vielen als Viele*,³¹ also um *Inklusion* im Rahmen
 - a. eines *formal strukturierten Angebots* im Blick auf Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit usf.
 - b. des *lebensweltlichen Miteinanders im Blick auf private Wir-Gruppen* (Familien, Lebensgemeinschaften etc.), spezieller Bezugsgruppen und Milieus sowie ethnische oder religiöse Communities usw.
 - c. *bürgergesellschaftlicher oder zivilgesellschaftlicher Beteiligung*.

Wie schon angesprochen kommt es allerdings immer wieder dazu, bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt aus einem solchen urbanen Zusammenleben auszuschließen. Ein besonders lehrreiches Beispiel hierfür ist der immer noch weitestgehend verdrängte antiziganistische Umgang mit Menschen, die als Sinti*zze und Rom*nja identifiziert werden und in vielen Städten nach wie vor ausgegrenzt und stigmatisiert werden sowie Inklusion und die Zuordnung relevanter Praktiken zur Ein- und Unterordnung unter einer der drei o. g. Gesellschaftssäulen systematisch verhindert.³²

Letztlich geht es also nicht nur um einen irgendwie umfassenden urbanen Raum und die wie selbstverständlich praktizierten Routinen, sondern um ihre alltägliche Realisierung und die Anerkennung dieser Routinen als alltägliche gelebte inklusive Praxis. Ein erlebbarer, überschaubarer Raum (kleinräumig, Nutzungsgemischt, Diversitäts- und Mobilitätsgeprägt) vereinfacht den Blick auf diese Routinen. Das Quartier stellt dabei die kleinste, emergente Einheit von Stadtgesellschaft dar und kann als zentrale Stellschraube für die Gestaltung eines inklusiven Alltags genutzt werden. Zum Quartier als Kern von Stadtgesellschaft existieren bereits konkrete Erfahrungen in Bezug auf eine inklusionsorientierte Ausrichtung für alle (s. oben das Beispiel der Stadt Leicester). Darüber hinaus existieren, gerade in der ethnologischen Stadtforschung, äußerst spannende Diskussionen zum Quartier als urbanes Labor. Dessen Rekonstruktionen zeigen es als einen Ort, in dem Urbanität im Sinne eines Fußabdrucks globalgesell-

31 Virno, Paolo, Klaus Neundlinger (Hg.): *Grammatik der Multitude. Öffentlichkeit, Intellekt und Arbeit als Lebensformen*. Wien: Turia + Kant 2005.

32 Vgl. Kokalanova, Anna (Hg.): *Ausgrenzung, Stigmatisierung, Exotisierung. Urbane Lebenswelten von Roma. Dérive* 64, 2016, 4–9; Bukow, Cudak. *Auf dem Weg zur Inclusive City*. 2016; Jonuz, Elizabeta; Weiß, Jane: *(Un-)Sichtbare Erfolge. Bildungswege von Romnja und Sintize in Deutschland*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer 2020.

schaftlicher Wirklichkeit in ihrer ganzen Komplexität immer wieder neu ausgehandelt wird³³ – wobei alle, darunter auch die postmigrantischen Bewohner*innen aktiv beteiligt sind.³⁴ Genau hier reiht sich auch die bereits erwähnte Studie zu *Arrival Cities* von Saunders³⁵ ein, in der er weltweit bestimmte Stadtquartiere untersucht, vergleicht und dort, wo Menschen nicht dichtgemischt wohnen, eine gewisse Virtualität des Zusammenlebens herausarbeitet.

Eine solche Konzentration der Forschung und der Stadtentwicklung auf ausgewählte Quartiere schließt dabei keineswegs aus, größere (z. B. regionale oder globale) Zusammenhänge zu berücksichtigen. Denn wenn das Quartier als Fußabdruck einer zunehmend diversen und mobilen globalisierten Wirklichkeit in Rechnung gestellt wird, dann geht es eben auch um dessen vielfältige reale wie virtuelle Vernetzung in eben genau solchen größeren Zusammenhängen. Diese Vernetzung trägt dazu bei, dass die drei oben angesprochenen gesellschaftlichen Säulen (*formale Strukturen zur Sicherung von arbeitsteiligem Handeln, eine alles überwölbender politischer Diskurs sowie die jeweils individuell verantwortete Lebenswelt*) zugleich lokale als auch globale, reale wie virtuelle Wirklichkeit schaffen.

Betrachtet man beispielsweise das Bildungssystem vor dem Hintergrund des Erfordernisses formalen Strukturen zu schaffen, so wird aus der Schule ein Ort der *world in the class and the class in the city*,³⁶ wo die Welt, über die Schule vermittelt, im Quartier real wird. Gleichzeitig wird aber auch das erkennbar, was das Lokale ausmacht. Und das ist nicht die Stadt als Ganzes, sondern es ist das Quartier als der konkrete, überschaubare, tagtägliche routiniert realisierte Handlungsraum, die *Sonnenallee* in Berlin, die *Keupstraße* in Köln, die *Ottakringer Straße* in Wien,³⁷ *Greek Town* in Toronto,³⁸ der *Hansaplatz* in Hamburg³⁹ oder der *Lessing Platz* in Düsseldorf.⁴⁰

Aus der Perspektive der sich etablierenden Newcomer sieht der urbane Raum, aus seinem Inneren heraus betrachtet, ohnehin völlig anders aus. Die hier ab-

33 Vgl. Geisen, Urbanität und Alltagsleben. 2017, S. 38.

34 Vgl. Yildiz, Erol.: Postmigrantische Perspektiven auf Migration, Stadt und Urbanität. In: Thomas Geisen u. a.: Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten. Wiesbaden: Springer 2017, S. 19ff. (19–34).

35 Vgl. Saunders, Doug: Making Heimat. Germany, arrival country: La Biennale di Venezia, 15. Mostra Internazionale di Architettura, partecipazioni nazionali. In: Peter Scherr u. a. (Hg.): Sanctuary cities. Eine Perspektive für deutsche Kommunalpolitik? Kritische Justiz 49 (1) 2016, S. 55 (86–97).

36 Vgl. Kruse, Jerome: See inclusion and the right to the city. In: Behrens, Inclusive City. 2016, 23ff.

37 Dika, Antonia, u. a. (Hg.): Balkanmeile Ottakringer Straße. 24 Stunden; lokale Identitäten und globale Transformationsprozesse. Wien: Turia + Kant 2011.

38 Bukow, Die kompakte Stadt der Zukunft. 2018, S. 10f.

39 Vgl. Schmincke, Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. 2009.

40 Vgl. Berding, Alltag im urbanen Quartier. 2018, S. 147ff.

schließen angeführten Zitate aus dem Alltag von zwei Quartiersbewohner*innen illustrieren solche alltägliche Einschätzungen des Städtischen nochmals ganz praktisch und stehen dem zuvor skizzierten ‚halbierten‘ Blick von außen häufig diametral gegenüber:

„Also, hier ist ne POTenzialstraße. Jedes Café hat seine Kunden, [...] aber hier bei jetzt, wie jetzt dieser Straße, man kann nicht REICH werden, aber man kann seine Rechnungen zahlen.“⁴¹

„In Spanien konnten die Kinder das Schulgelände nicht verlassen. Das war gut. Hier ist alles offen. Die Kinder könnten einfach auf die Straße laufen, oder von jemandem mitgenommen werden oder jemand kann einfach das Schulgelände betreten. Insgesamt wünsche ich mir, mehr Sicherheit an der Schule für meine Kinder.“⁴²

41 Vgl. Interview 1; Cudak, Bildung für Newcomer. 2017, S. 221.

42 Vgl. Interview 3; Cudak, Bildung für Newcomer. 2017, S. 213.